

Abschrift

Bern, den 25. September 1967.

EIDGENÖSSISCHES POLITISCHES
DEPARTEMENT

o.715.11. - LB/lm

An den Schweizerischen Beobachter
bei den Vereinten NationenNew YorkTransfer von UNO-Diensten
von New York nach Genf

Herr Botschafter,

1) Wie Sie uns am 1. September 1967 mitgeteilt haben, hat der Generalsekretär der UNO die Absicht, der Generalversammlung die Verlegung eines Teils des Statistischen Dienstes der UNO (rund 120 Beamte) von New York nach Genf vorzuschlagen. Diese Information wurde uns inzwischen vom UNO-Sitz in Genf bestätigt. Gleichzeitig haben wir erfahren, dass die Beschaffung der nötigen Büroräume für diesen Dienst keine Schwierigkeiten bereitet; der UNO-Sitz wird gegebenenfalls den erforderlichen Büroraum ausserhalb des Palais des Nations mieten. (Schon heute hat die UNO Dienststellen in rund 100 Büros ausserhalb des Palais untergebracht.) Die Genfer Behörden teilen uns dazu mit, dass die vorhandene Büroreserve in Genf vollauf genügt. Auch Wohnungsprobleme dürften sich, wie uns die Genfer Behörden bestätigen, nicht stellen.

2) Die Frage einer allfälligen Verlegung des Sekretariats des UNICEF von New York weg dürfte sich, wie wir von unserem Landsmann Herrn Egger vom UNICEF erfahren, in den nächsten zwei/drei Jahren kaum stellen, da sich das Sekretariat für 5 Jahre, wenn auch provisorisch, im Alcoa-Gebäude eingemietet hat. Hingegen dürfte die Diskussion um eine Verlegung des Sitzes angesichts des hohen Mietpreises ein bis zwei Jahre vor Ablauf des jetzigen Mietvertrages wieder aufleben, also ab 1969/70. Es wäre auch nicht ausgeschlossen, dass in der Zwischenzeit von interessierten Mitgliedstaaten sondiert wird, ob Genf bereit wäre, das UNICEF-Sekretariat aufzunehmen.

3) Praktisch in der gleichen Lage befindet sich, wie wir erfahren, das PNUD. Auch hier ist vorderhand kein entsprechender Vorschlag bzw. Entscheid zu erwarten. Hingegen dürften Sondierungen über unsere Haltung betreffend eine allfällige Sitznahme in Genf nicht auszuschliessen sein.

./.

- 2 -

4) Wir haben die Frage der Verlegung von UNO-Diensten und Organismen nach Genf anlässlich der FIPOI-Sitzung vom 20. September mit den Genfer Behörden erörtert und dabei auf die folgenden Punkte hingewiesen, die zugunsten einer positiven Haltung unsererseits sprechen:

- unsere traditionelle Bereitschaft, die internationale Zusammenarbeit zu fördern und zu diesem Zwecke internationale Organisationen bei uns aufzunehmen und ihre Tätigkeit zu erleichtern,
- eine sinnvolle Konzentration zweckverwandter Organismen im Interesse einer harmonischen Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit,
- unsere Konzeption für die Zukunft Genfs: Festigung und Ausbau der heute schon bestehenden Konzentration wirtschaftlicher und sozialer Organisationen in der Rhonestadt und damit Erhaltung und Schaffung einer wesentlichen und dauerhaften Substanz der UNO-Tätigkeit in Genf (auch: vernünftige Arbeitsteilung zwischen Genf und New York),
- die Tatsache, dass wir gestützt auf das Sitzabkommen verpflichtet sind, UNO-Organe in Genf aufzunehmen,
- die Tatsache, dass allfällige Verlegungen kaum vor 1970/71 spruchreif werden, d.h. also erst in einem Zeitpunkt, in dem zufolge des Kaufs des alten BIT-Gebäudes eine grössere Büroreserve zur Verfügung steht und im übrigen auch die Projekte der FIPOI, das Internationale Kongresszentrum und Pressehaus fertiggestellt sein werden,
- der Umstand, dass im nächsten Jahre die Frage eines verbesserten Lastenausgleiches zwischen Bund und Kanton Genf (Kompensationszahlungen, Beiträge an Infrastruktur) geregelt und damit ein weiterer Beitrag an die Beruhigung der Genfer Bevölkerung geleistet werden dürfte.

Die Genfer Behörden teilen unsere Auffassung und gehen mit uns einig, dass wir uns in der Zukunft von den obigen Richtlinien leiten lassen, wenn wir uns vor die Frage der Verlegung eines UNO-Organismus nach Genf gestellt sehen sollten.

Bei gleicher Gelegenheit wurde auch die Frage einer allfälligen UNO-Generalversammlung in Genf erörtert. Der Stiftungsrat der FIPOI (wie übrigens auch die Ständerätliche Kommission für Auswärtiges in ihrer Sitzung vom 11. September 1967) ist mit uns grundsätzlich der Meinung, dass die folgenden Punkte zugunsten einer positiven Haltung auch in dieser Frage sprechen:

- eine Generalversammlung in Genf unterstreicht die Disponibilität unseres Landes und stellt die Dienste unter Beweis, die wir der Völkergemeinschaft leisten können;
- sie unterstreicht die Bedeutung Genfs;

- 3 -

- sie gäbe dem Schweizervolk Gelegenheit, sich mit der UNO, ihren Problemen und ihrer Arbeitsweise aus eigener Anschauung, an Radio und Fernsehen, besser vertraut zu machen;
- sie gäbe uns Gelegenheit, unser Projekt einer Dezentralisation Léman-aufwärts praktisch zu erproben und für diese Idee zu werben.

Der Stiftungsrat der FIPOI gibt sich übrigens Rechenschaft, dass wir alles Interesse haben, einer allfälligen UNO-Generalversammlung das bestmögliche Konferenz-Instrumentarium zu bieten. Das "timing" der verschiedenen Bauprojekte soll deshalb auch auf diese Bedürfnisse abgestimmt werden. Wir sehen jedenfalls Ihrem Bericht über die technischen Konsequenzen der Abhaltung einer Generalversammlung mit Interesse entgegen.

Unsere "Konzeption Genf" und die Frage einer UNO-Generalversammlung in Genf werden zweifellos anlässlich der Behandlung unserer Sammelbotschaft auch in der Kommission für Auswärtiges des Nationalrates diskutiert werden. Wir werden Ihnen zu gegebener Zeit darüber berichten.

Abschliessend sei noch in Erinnerung gerufen, dass selbstverständlich bei aller Bereitschaft, weitere Organismen aufzunehmen, unter allen Umständen der Eindruck vermieden werden muss, dass die Schweiz ein Organ oder eine Organisation abwerbe und Genf New York konkurrenzriere.

Wir versichern Sie, Herr Botschafter, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Abteilung für
internationale Organisationen

sig. Thalmann